

Projektmeldung | Südliches Afrika | Außenwirtschafts-, Industriepolitik

Annual Action Programme 2018, Part 1

Finanzierungsbewilligung

03.05.2018

Land:	Südliches Afrika, Afrika, übergreifend, Ostafrika
Finanzierung:	Europäischer Entwicklungsfond (EEF)
Kategorie:	Außenwirtschafts-, Industriepolitik

Die Europäische Union unterstützt im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) den ersten Teil des Jahresaktionsprogramms 2018 für die Regionen Ostafrika, Südliches Afrika und Indischer Ozean (EA-SA-IO) durch einen Beitrag in Höhe von 225 Mio. Euro aus Mitteln des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF).

Vorgesehen sind drei Entwicklungsvorhaben mit den beiden Schwerpunkten regionale Wirtschaftsintegration sowie Frieden, Sicherheit und regionale Stabilität. Gefördert werden die Afrika-Investitionsplattform (AIP), das Programm zur Unterstützung der Umsetzung des derzeitigen Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit den Seychellen sowie das Sekretariat der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) zur Unterstützung von Frieden und Sicherheit in der Region.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

Südliches Afrika / Afrika, übergreifend / Ostafrika

Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Privatisierungsvorhaben / Konjunktur / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Wirtschafts-, Außenwirtschaftsförderung / Öffentlicher Sektor,

übergreifend / Entwicklungszusammenarbeit / Privatisierungsconsulting, PPP, BOT
Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.